

Antrag der Fraktion der CDU**Wirtschaft und Handwerk brauchen Kurswechsel in der Verkehrspolitik**

Bremen ist als Oberzentrum und Logistikdrehscheibe in Nordwestdeutschland auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur für alle Verkehrsträger angewiesen. Eine mögliche Abwanderung von Betrieben aus dem Güterverkehrszentrum oder die Gründung eines konkurrierenden Industrie- und Logistikzentrums im Umland wegen einer verfehlten Bremer Verkehrspolitik kann sich das Land nicht leisten. Eine störungsfreie Zufahrt in die Innenstädte und eine leistungsfähige Hinterlandanbindung der bremischen Häfen müssen daher Kernziele Bremer Verkehrspolitik sein. Von einer funktionsfähigen Verkehrsinfrastruktur ist aber nicht nur die Wirtschaft abhängig. Auch Pendler, Touristen und Kunden sind auf eine optimale Erreichbarkeit der Innenstadt – egal mit welchem Verkehrsmittel – angewiesen, denn unabhängig von der individuellen Fortbewegungsart ist die Erreichbarkeit von Geschäften, gastronomischen Betrieben, Arbeitsplätzen und Wohnungen für alle eine zentrale Grundlage für Bestand und Weiterentwicklung der Innenstädte.

Die Entwicklung der letzten Monate zeigt, dass in Bremen der fließende Individualverkehr behindert und nicht gefördert wird. Beispiele dafür sind das Parken im Concordia-Tunnel, die Einführung von Tempolimits auf Einfallstraßen und Autobahnzubringern oder die Verzögerungen beim Ausbau der Cherbourger Straße. Gleichzeitig finanziert der Senat Projekte, wie den autofreien Sonntag oder die Errichtung von Ampelanlagen auf der Kurfürstenallee. Dieses Geld fehlt aber an anderer Stelle: zum Beispiel für die Sanierung der Straßen. Mit der Einführung der Umweltzone wurde auch beschlossen, dass ab Mitte dieses Jahres in Bremen nur noch Fahrzeuge mit einer grünen Plakette in die Innenstadt fahren dürfen. Der Schaden für den Einzelhandel durch das Ausbleiben bzw. Abwandern von Kundschaft sowie durch hohe Anschaffungskosten von neuen Fahrzeugen ist immens. Nach wie vor wird die Einführung einer City-Maut in Bremen politisch diskutiert. Für Bremen ist diese einseitige und ideologisch geprägte Verkehrspolitik, die darauf abzielt, die verschiedenen Verkehrsträger und Fortbewegungsarten gegeneinander auszuspielen, ein schweres Wettbewerbshindernis in der Konkurrenz zum Umland und den Städten Hamburg und Oldenburg.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. der Verkehrspolitik als Standortfaktor höchste Priorität einzuräumen und deshalb kurzfristig einen Kurswechsel einzuleiten, der das Ausspielen der verschiedenen Verkehrsträger gegeneinander beendet und die berechtigten Belange der Wirtschaft berücksichtigt und damit dazu beiträgt, die Arbeitsplätze in der bremischen Wirtschaft langfristig zu sichern.
2. der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer Sitzung im April 2011 darüber Bericht zu erstatten, welche Maßnahmen der Senat ergreifen will, um seine Verkehrspolitik auch an den Bedürfnissen der regionalen und überregionalen Wirtschaft auszurichten. Dabei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:
 - störungsfreie Erreichbarkeit der Innenstädte und Wirtschaftsstandorte;
 - Sicherstellung einer optimalen Hinterlandanbindung;

- geeignete Übergangslösung am Neuenlander Ring (Abschnitt 2.2/A 281);
- Ausbau des ÖPNV-Angebots und Vernetzung mit den übrigen Verkehrsträgern;
- Überprüfung der Umweltzone auf ihren umweltpolitischen Effekt und ihre Notwendigkeit;
- endgültige Absage an eine City-Maut.

Heiko Strohmann, Dieter Focke,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU